Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/1679

A14

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Vorsitzender
des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Dr. Werner Pfeil MdL
40221 Düsseldorf

11.02.2019

Aktenzeichen
2000 - Z. 510
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Pohl
Telefon: 0211 8792-493

nachrichtlich:
Rechtsausschuss des Landtags
- Referat I 1 -
40221 Düsseldorf

28. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 13. Februar 2019
Öffentlicher Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt 9 „Plant Minister Biesenbach strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten in der Justiz?“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung zu dem Tagesordnungspunkt 9 (Plant Minister Biesenbach strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten in der Justiz?) zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Ministerium der Justiz

des Landes Nordrhein-Westfalen

28. Sitzung des Rechtsausschusses

des Landtags Nordrhein-Westfalen

am 13. Februar 2019

Schriftlicher Bericht zu TOP 9

„Plant Minister Biesenbach strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten in der Justiz?“

Zu Tagesordnungspunkt 9 der Sitzung des Rechtsausschusses am 13. Februar 2019 berichte ich wie folgt:

Nur eine personell und finanziell gut ausgestattete Justiz kann den Rechtsstaat für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen in Zukunft weiterhin gewährleisten. Aus diesem Grund hat die Landesregierung bereits mit dem Haushalt 2018 insgesamt 1.135 neue Planstellen und Stellen eingerichtet und damit das mit Abstand größte Investitionsprogramm in die Justiz der vergangenen beiden Jahrzehnte begonnen. Der im Vorjahr eingeschlagene Weg wird im Haushalt 2019 mit der Einrichtung von weiteren 500 neuen Planstellen und Stellen konsequent fortgesetzt.

Neben diesen umfangreichen personellen Verstärkungsmaßnahmen sind in der Justiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine strukturellen Verbesserungen im Besoldungsrecht geplant.